



Aus dem steirischen Landtag

KPÖ informiert aus erster Hand



KPÖ: Polit-Einkommen jetzt reduzieren!

„Minus 30 Prozent für PolitikerInnen“ – SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grüne dagegen

Die KPÖ hat am 22. März im steirischen Landtag eine Kürzung der Polit-Gehälter um 30 Prozent beantragt. Diese Forderung stellt die KPÖ seit Jahren. Die Mitglieder der Landesregierung und des Landtages sollen durch eine Senkung ihrer Einkommen einen wirksamen Beitrag gegen das Auseinanderklaffen der Einkommensschere zwischen Bevölkerung und der Politik leisten.

Alle diesbezüglichen Anträge wurden bisher von allen anderen im Landtag vertretenen Parteien abgelehnt. Auch angesichts der dramatischen Kürzungen im Landesbudget gab es kein Umdenken: SPÖ, ÖVP, FPÖ und Grüne lehnten den KPÖ-Antrag ab. Das Landesbudget, das der Landtag im April beschließen wird, beinhaltet Maßnahmen, die einen großen Teil der Bevölkerung teuer kommen: Einführung des Regresses bei Pflege und Mindestsicherung, Kindergartensteuer, Abschaffung der Pendlerbeihilfe, Schließung von Krankenhäusern und Kürzungen im Behindertenbereich sind nur Beispiele für die Be-

lastungen, die uns zugemutet werden. Klimt-Weithaler: „Politikerinnen und Politiker sind durch ihre hohen Bezüge von der Lebensrealität weit entfernt. Sie können die Folgen für diejenigen, die mit einem durchschnittlichen Einkommen auskommen müssen, oft nicht abschätzen. Deshalb soll es bei den Polit-Bezügen ein nachvollziehbares Verhältnis zu einem durchschnittlichen Arbeitseinkommen geben.“ Eine gesetzliche Koppelung der Bezüge an den Ausgleichszulagenrichtsatz für Pensionisten

würde aus Sicht der KPÖ eine sinnvolle Verknüpfung mit den sozial Schwächsten herstellen. Wenn der höchste Bezug in der Steiermark das Fünfzehnfache des Richtsatzes betragen würde, so wären das immer noch mehr als 11.000 Euro. Selbstverständlich müssten alle Bezüge, auch jene in den Gemeinden, entsprechend der Gehaltspyramide gekürzt werden. „Das wäre eine Einsparung von zirka 30 Prozent und deshalb auch für das Budget ein wünschenswertes Ziel“, so Claudia Klimt-Weithaler.



KPÖ-Landtagsabgeordnete Claudia Klimt-Weithaler: „Den Leuten wird spürbar weniger Geld in der Tasche bleiben. Es ist nötiger denn je, dass Politikerinnen und Politiker bei sich selbst ein Zeichen setzen.“

Für eine Schi-WM ohne Größenwahn

Schi-WM in Schladming 2013 – bereits jetzt Kosten von 150 Mio. Euro

Die Kosten für die Schi-WM 2013 in Schladming sprengen jeden vernünftigen Rahmen. Nach bisherigen Schätzungen liegen die Kosten für das Land Steiermark, die größtenteils durch Kredite finanziert werden müssen, bereits bei mindestens 150 Millionen Euro, weitere Ausgaben in Millionenhöhe folgen noch. Vor dem Hintergrund der drastischen Kürzungen im sozialbereich – Behindertenhilfe, Frühförderung, Armutsbekämpfung,

Wohnbeihilfe, Kinderbetreuung...– setzte sich die KPÖ in der Landtagssitzung am 22.3. dafür ein, bei der Schi-WM in Schladming endlich mit Augenmaß vorzugehen und die Budgetvorgaben auch hier zur Anwendung zu bringen. SPÖ, ÖVP und FPÖ stimmten gegen diesen Vorschlag. KPÖ-LAbg. Werner Murgg: „In der derzeitigen Situation ist es einfach unangebracht, eine Schi-WM der Superlative zu veranstalten. Ich bin nicht dagegen, dass die Steiermark eine Weltmeisterschaft ausrichtet, aber warum soll dabei das Gebot der Sparsamkeit außer Kraft gesetzt werden?“ Die Ausmaße dieses Einmal-Events stehen in krassem Wi-

derspruch zu den in allen anderen Bereichen verordneten 25prozentigen Einsparungen. Und das, obwohl Landesrat Dr. Buchmann in der Landtagssitzung vom 9.2.2010 verkündet hat, dass die Schi-WM ohne weitere Vorbereitungen und Investitionen schon damals problemlos durchgeführt werden hätte können. Derart immense Ausgaben für einmalige Sportevents können sich auch nach Meinung von SportökonomInnen niemals wirtschaftlich rechnen (siehe M. Franke, Mega-Sportevents: Ökonomische und sozioökonomische Wirkungen auf dem Prüfstand, 8. Internat. Symposium „Sport und Ökonomie“, Sportwissenschaft 1/2009).



+Mindestsicherung

Sozialhilferechner

<http://www.mindestsicherungsrechner.at/> Steiermark



Wollsdorf Leder: 55 Beschäftigte abgebaut, 184.000 Euro Wirtschaftsförderung

Murgg: „Bei der Wohnbeihilfe werden Schulden gnadenlos eingetrieben, bei Sportwagenbesitzern ist man großzügig“

In der jüngsten Sitzung des Wirtschaftsförderungsbeirates des Landes Steiermark wurde der Firma Wollsdorf Leder eine Förderung seitens des Landes Steiermark in Höhe von 184.000 Euro gewährt. Insgesamt bekommt das Unternehmen 876.480 Euro Förderung. Gleichzeitig sollen am Standort Weiz 55 Beschäftigte abgebaut werden. Dagegen stimmten nur KPÖ und Grüne.

KPÖ-LAbg. Werner Murgg hält die Wollsdorf Leder gewährte Förderung nicht nur wegen des Arbeitsplatzabbaus für skandalös: „Die der ehemaligen Lederfabrik Schmidt gehörende Gerbereideponie bei Weiz ist seit Jahren eine Umweltbombe. Die Besitzerfamilie ist mit Wollsdorf Leder ident. Seit langem ist beim Verwaltungsgerichtshof ein Verfahren

anhängig, wer für die Sanierung zuständig ist. Angesichts dieser Tatsachen eine Förderung zu gewähren halte ich für unpassend.“

Die KPÖ stimmte auch dagegen, der Firma Remus & Sebring 23.244 Euro zu erlassen, weil diese Firma die Beschäftigungsgarantien nicht eingehalten hat. Trotzdem muss Remus & Sebring den Betrag nicht zurückzahlen. LAbg. Murgg: „Während die Firmeninhaberin Angelika Kresch sich in Seitenblicke-Medien als Besitzerin teurer Sportwagen feiern lässt und ihr mehr als 20.000 Euro nachgelassen werden, wird jedem Bezieher von Wohnbeihilfen, wenn er zwei Monate die Miete schuldig ist, die Beihilfe gestrichen. Dabei geht es aber nicht um tausende Euro, sondern meist um Bagatellbeträge.“

Steiermark stoppt Armutsbekämpfung

Claudia Klimt-Weithaler: Regierung wirft Steiermark um Jahrzehnte zurück



„Kürzung der Wohnbeihilfe“, „Wohnhäuser verfallen lassen“, „Streichung der Lernbetreuung“, „Abschaffung der Pendlerbeihilfe“ – das waren **nicht** die Slogans, mit denen SPÖ und ÖVP vor wenigen Monaten in die Landtagswahl gezogen sind.

21 Millionen Euro Minus bei der Behindertenhilfe, 9,5 Mio. bei der Jugendwohlfahrt:

Bei diesem Landesbudget wird zumindest ein Grundsatz vergangener Budgets beibehalten: Gespart wird vor allem auf Kosten derjenigen, denen es bereits jetzt nicht gut geht. Das Ziel, Armut zu bekämpfen, werde damit endgültig aufgegeben, sagt KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler. Durch das Budget und die neuen Sozialgesetze werde die Steiermark sozialpolitisch um Jahrzehnte zurückgeworfen.

Claudia Klimt-Weithaler: „Die Kürzungen im Ressort von LH-Stv. Schrittwieser werden katastrophale Auswirkungen auf die soziale Situation in der Steiermark haben. Es ist zynisch,

von notwendigen Einsparungen zu reden, solange gleichzeitig 150 Millionen für Schladming unhinterfragt bleiben, solange es weiterhin jährliche Steuergeschenke in Millionenhöhe an die Glücksspielindustrie gibt. SPÖ und ÖVP haben das Land in die Schuldenfalle geführt, damit im Bund Milliarden für Banken bereit gestellt werden können. Bezahlen muss das die Bevölkerung, in den Ländern und in den Kommunen. Und von der Reichensteuer, mit der LH Voves im vergangenen Jahr Wahlkampf gemacht hat, ist nun keine Rede mehr.“

„Die Regierung glaubt, den Weg des geringsten Widerstandes zu gehen. Wenn die Betroffenen zeigen, dass sie sich das nicht gefallen lassen, müssen SPÖ und ÖVP ihre Richtung ändern. Die Demonstration der Plattform 25 hat gezeigt, dass Widerstand gegen dieses Katastrophenpolitik möglich ist“, so Klimt-Weithaler. „Wir werden in unserem Kampf gegen den sozialen Kahl-schlag nicht lockerlassen.“



Pankl Racing: Land verzichtet trotz Rekordgewinn auf Strafzahlung

Landesgelder kommen nun Aktionären zugute

25.000 Euro hätte die Firma Pankl Racing im November 2010 an das Land Steiermark zurückzahlen müssen. Sie hatte zuvor Geld aus der Wirtschaftsförderung des Landes bezogen, die damit verknüpfte Beschäftigungsgarantie aber nicht eingehalten. Die Rückzahlung wurde Pankl Racing erlassen – gegen die Stimme von KPÖ-LAbg. Werner Murgg, der die KPÖ im Wirtschaftsförderbeirat vertritt.

Nun vermeldet die Firma Pankl Racing einen Rekordgewinn im Geschäftsjahr 2010, für 2011 wird ein neuerliches Plus erwartet. Der Gewinn pro Aktie erhöht sich von 0,37 Euro (2009) auf 0,78 Euro.

KPÖ-Landtagsabgeordneter Werner Murgg: „Dieses Beispiel macht deutlich, dass das Land eine skandalöse Förderpolitik verfolgt. Zuerst werden Beschäftigte abgebaut, obwohl das Unternehmen Steuergeld bekommt, um die Arbeitsplätze zu erhalten. Die vereinbarte Strafzahlung wird dem Unternehmen aber erlassen. Nur wenige Monate später stellt sich heraus, dass die Firma in diesem Zeitraum Riesengewinne gemacht hat. Es sieht so aus, als hätte die Firma die erlassene Strafe direkt an die Aktionäre weiterbezahlt. Schade, dass die Regierung sich z.B. gegenüber behinderten Jugendlichen weniger großzügig verhält.“



Pflege-Pläne bringen keine Einsparung, sondern Verteuerung

Werner Murgg (KPÖ) warnt vor Privatisierung der Landespflegeheime

Das von Landesrätin Edlinger-Ploder vorgestellte Budget bedeutet einen gesundheitspolitischen Kahlschlag unvorstellbaren Ausmaßes. Neben der Streichung von 750 Spitalbetten sind es aber vor allem die Maßnahmen im Bereich der Pflege, die katastrophale Auswirkungen auf die Bevölkerung, das Pflegepersonal und auch auf das Landesbudget haben werden, so KPÖ-LAbg. Werner Murgg. Neben der Wiedereinführung des Pflegeregresses, der für Angehörige von Pflegebedürftigen Kosten im Ausmaß von bis zu 15 Prozent des Nettoeinkommens bedeutet, ist es die geplante Ausgliederung oder sogar Privatisierung der Landespflegeheime, die die Pflegekosten in den kommenden Jahren in die Höhe treiben wird.

Bereits jetzt treiben die Tagsätze in der Steiermark die Pflegekosten in die Höhe, was auf den im Bundesländervergleich sehr hohen Anteil von privaten Pfl-

geheimbetreibern in der Steiermark zurückzuführen ist. Im Gegensatz zu öffentlichen und gemeinnützigen Heimträgern müssen private Heime auch einen Gewinn abwerfen, der mit öffentlichen Geldern abgesichert und subventioniert wird. Diesen Irrweg will Edlinger-Ploder nun auch bei den Landespflegeheimen beschreiten.

KPÖ-LAbg. Werner Murgg: „Privatisierungen und Ausgliederungen von Pflegeheimen bringen keine Einsparungen, sondern letztlich steigende Kosten für das Land und schlechtere Arbeitsbedingungen für das Personal. Edlinger-Ploder will den Irrweg der vergangenen Jahre fortsetzen und unter dem Deckmantel vermeintlicher Einsparungen eine Privatisierungswelle durchführen, die die Steirerinnen und Steirer teuer zu stehen kommen wird. Ich frage mich, ob die nun zuständige Landesrätin mit den Pflegeheimbetreibern unter einer Decke steckt.“ Murgg weiter: „Der Schaden,



LABg. Werner Murgg (KPÖ) erinnerte LH-Stv. Schützenhöfer in der Debatte an dessen Aussagen im Zuge der Diskussion um die Chirurgen in Mürzzuschlag und Bad Aussee im Jahr 2009: „Damals haben Sie die Krankenhäuser verteidigt und betont, dass man Versprechen an die Bevölkerung halten muss. Heute gilt das für Sie nicht mehr. Was gestern versprochen wurde, ist heute vergessen!“

den diese Regierung anrichtet, wird durch Phrasen vom Sparen schönegeredet. In Wirklichkeit geht es aber um die Zerschlagung des Sozialsystems, das wird mit jeder konkreten Maßnahme, die jetzt bekannt wird, deutlicher.“

Kulturbudget ohne Perspektiven

Irreparable Schäden durch Kürzungen

Alle Regierungsmitglieder haben die Kürzungen ihrer Ressortbudgets den Medien vorgestellt. Auch Landesrat Buchmann hatte nur ähnlich trost- und perspektivlose Zahlen zu bieten wie die der Rest der Regierung. KPÖ-LAbg. Claudia Klimt-Weithaler zum angekündigten Kahlschlag bei Museen, Kultur- und Bildungseinrichtungen: „Statt Perspektiven für eine positive Entwicklung zu präsentieren, konzentriert sich die Regierung auf die Zerschlagung funktionierender Strukturen und Einrichtungen. Kultur ist kein Luxus für die oberen 10.000. Der Schaden, den die Regierung jetzt anrichtet, ist irreparabel. Buchmann vernichtet, ähnlich wie Schrittwieser durch die Streichungen im Sozialressort, auch sehr viele Arbeitsplätze.“ Die KPÖ be-

fürchtet, dass den Sparplänen im Kulturressort bald weitere Einschnitte folgen werden, da im nächsten Budget die Dreijahresverträge vieler Einrichtungen neu zu beschließen sein werden und darüber hinaus die Rücklagen der Theaterholding verbraucht sein werden, die nun ins Budget fließen.

Claudia Klimt-Weithaler: „Eine von ihrer Basis und den gesellschaftlichen Problemen völlig abgehobene politische Elite will einfach nicht wahrhaben, dass ihr neoliberaler Traum 2008 geplatzt ist. Obwohl die Bankenrettungspakete und der ‚Euro-Schutzschirm‘ dreistellige Milliardenbeträge an öffentlichem Geld verschlingen, wird die schrittweise Zerstörung des Sozialstaates als alternativlose Notwendigkeit dargestellt. Ich hoffe, dass das Kalkül der Re-

gierung, die Betroffenen gegeneinander auszuspielen, nicht aufgeht. In diesem von Rot, Schwarz und Blau getragenen System gibt es wenige Profiteure und viele Verlierer. Wenn die sich zusammenschließen, kann Politik im Interesse der Bevölkerung gemacht werden.“

KPÖ
wirkt

 Impressum/Medieninhaber: KPÖ Steiermark, Lagergasse 98a, 8020 Graz. Verlags- und Herstellungsort: Graz.Tel. (0316) 877 5102; Fax (0316) 877 5108. E-Mail: ltk@stmk.gv.at // DVR: 0600008

Offenlegung: Infoblatt steirischer Landtag – Steirische Volksstimme – ist ein Druckmedium des Landtagsklubs der KPÖ Steiermark und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne des Kampfs der KPÖ Steiermark für soziale Gerechtigkeit. Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen jeglicher Art und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.

100 Jahre Frauentag: Wenig Grund zur Freude

Claudia Klimt-Weithaler (KPÖ): Arbeiterinnen verdienen 40 Prozent weniger als männliche Kollegen – Gleichberechtigung noch weit entfernt

Wenig Erfreuliches liefert der Sozialbericht 2009/2010 des Sozialministeriums. In den vergangenen 15 Jahren sind die inflationsbereinigten Löhne von Arbeitern und Arbeiterinnen in Österreich kontinuierlich gesunken, wobei Frauen aktuell nur 61,2 % von dem verdienen, was ihre männlichen Kollegen erhalten. Das ist der Stand von 1980 – 1995 lag dieser Wert noch bei 65 %. An diese wachsende Ungleichheit erinnert KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler anlässlich des 100. Frauentages am 8. März 2011.

KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler: „Nach wie vor ist Österreich bei



dem Thema ‚Gleicher Lohn für gleiche Arbeit‘ europaweites Schlusslicht. Viele junge Frauen glauben heute, dass ihnen alle Türen offen stehen und sie keine Benachteiligung fürchten müssen. Spätestens am Arbeitsmarkt machen sie dann ganz andere Erfahrungen. Der Kampf für Gleichberechtigung ist auch 100 Jahre nach dem ersten Frauentag notwendig, deshalb wird der Kampf für Frauenrechte von der KPÖ auch in Zukunft großgeschrieben.“

Die KPÖ hat sich im Landtag und in steirischen Gemeinden dafür eingesetzt, dass Firmen, die Frauen für gleiche Arbeit schlechter bezahlen als Männer keine Förderungen mehr erhalten dürfen. Mehrere Gemeinden haben diesen Antrag angenommen.



Landesbudget ist ungerecht

Klimt-Weithaler (KPÖ): „PolitikerInnen sollen bei sich selber sparen, bevor sie Bevölkerung ein brutales Budget zumuten“

Das Landesbudget, das die derzeit amtierende Landesregierung heute absegnet, wird einen großen Teil der Bevölkerung treffen. Den meisten wird spürbar weniger Geld in der Tasche bleiben. Vielen nimmt es ihre Zukunft, ihren Arbeitsplatz, ihre Perspektiven. Das sagte KPÖ-Landessprecherin Claudia Klimt-Weithaler zum heutigen Budgetbeschluss.

Die Schuld wird auf die Wirtschaftskrise und auf die Verschuldung des Landes geschoben. Jene Schulden, die die Regierungsparteien selbst angehäuft haben. Und jene Wirtschaftskrise, die sie durch die Abschaffung jeglicher Schranken für die Finanzmärkte selbst heraufbeschworen haben. Jetzt wird den Menschen, die seit Jahren mit steigenden Preisen und stagnierenden Löhnen auskommen müssen, erklärt, sie hätten über ihre Verhältnisse gelebt.

Die finanziellen Einschnitte für die Bevölkerung eröffnen im Gegensatz zu den Beteuerungen der Regierung keine Perspektiven. Sie schwächen die Kaufkraft eines Großteils der Steirerinnen und Steirer; sie zerstören gut funktionierende Strukturen und richten dadurch nachhaltigen

Schaden an. Menschen mit Behinderung, die vorher selbst Geld verdienten und für ihre Existenz sorgen konnten, werden zu Bettlern kurz zuvor verboten worden war. Dass besonders Kinder und Jugendliche zu den Leidtragenden dieser Politik gehören, sagt alles über die angebliche Zukunftsorientierung der selbst ernannten „Reformpartnerschaft“ aus.

Wer mit weniger als 800 Euro im Monat auskommen muss, wird zum Sozialschmarotzer und Faulenzer erklärt. Wer jetzt schon wenig verdient, etwa im Kulturbereich oder in vielen Sozialberufen, wird noch weiter in Richtung des Existenzminimums gerückt. Es ist nur zu hoffen, dass das Kalkül der Regierung, die Betroffenen gegeneinander auszu-



spielen, nicht aufgeht. In diesem System gibt es wenige Profiteure und sehr viele Verlierer. Wenn die sich aber zusammenschließen, kann auch wieder Politik im Interesse der Bevölkerung gemacht werden. Deshalb beteiligt sich die KPÖ auch an der Demonstration der Plattform 25 am Freitag in Graz.

In einer solchen Situation ist

es nötiger als je zuvor, dass auch die Politikerinnen und Politiker bei sich selbst ein Zeichen setzen. Es ist wohl leichter, in die Taschen der Bevölkerung zu greifen, als bei sich selbst zu sparen. Als die KPÖ im Landtag beantragt hat, die „Minus 25 Prozent“ auch auf die Bruttolöhne der LandespolitikerInnen anzuwenden, ist sie damit alleine geblieben.

Wohnbeihilfe: Land hält an verunglücktem Gesetz fest

SPÖ, ÖVP und FPÖ sagen MieterInnen Kampf an

Die steirische Landesregierung will eine weitere Verschlechterung bei der sogenannten Mindestsicherung einführen: Die Wohnbeihilfe soll nach Plänen der SPÖ künftig als Einkommen gerechnet werden,

was die Ansprüche der Bezugsberechtigten stark reduziert und für viele Betroffene das Wohnen unerschwinglich macht.

Was zuerst wie eine unglückliche Formulierung im Mindestsicherungsgesetz ausgesehen

hat, entpuppt sich nun als wohlkalkulierte Methode, auf Kosten der Ärmsten Budgetsanierung zu betreiben. Die KPÖ brachte im Sozialausschuss den Antrag ein, die Wohnbeihilfe wie bisher nicht als Einkommen zu zählen. Die §15a-Vereinbarung zwischen Bund und Ländern untersagt eine Verschlechterung der Mindestsicherung gegenüber der Sozialhilfe. SPÖ, ÖVP und FPÖ halten aber an der rechtswidrigen Regelung fest.

Zusammen mit den anderen Kürzungen im Sozial- und Wohnbaureport ergibt sich eine sozialpolitisch explosive Situation. Vielen droht der Verlust der Wohnung und damit ein weiteres Abrutschen in die Armut. KPÖ-Klubobfrau Claudia Klimt-Weithaler: „Trotz Mindestsicherung rutschen immer mehr Menschen unter das Existenz-

minimum, weil die Wohnkosten nicht ausreichend berücksichtigt werden. Der Zuschuss zu den Betriebskosten wird halbiert, jetzt verlieren die Mieterinnen und Mieter aber noch viel mehr. Mich wundert auch nicht, dass sich die FPÖ dieser Koalition gegen die steirische Bevölkerung angeschlossen hat.“

Ein weiterer Schritt zurück sei auch das heute von Landesrätin Grossmann vorgestellte Bildungsbudget, sagte Klimt-Weithaler. Statt in die Offensive zu gehen und Konzepte gegen die schweren Defizite im Bildungswesen zu präsentieren, werde auch bei der Zukunft der Kinder und Jugendlichen drastisch gespart. Schulschließungen, Ausbaustopp und eine Kindergartensteuer für Eltern seien nicht die Politik, die sich die Menschen von der Regierung erwarten.

Österreichische Post AG / Sponsoring.Post • BenachrichtigungsPA
8020 Graz VNr: 07Z037205

Platz für Adressaufkleber